

Eilantrag - Absetzung des Tagesordnungspunkt 2 der öffentlichen Sitzung am 28.11.2024

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dahms,
sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte,

die Fraktionen des Bündnis90 die Grünen, SPD Ortsverband und Zukunft Markt Schwaben e.V. stellen hiermit einen Eilantrag zur Absetzung des Tagesordnungspunktes 2 der öffentlichen Sitzung am 28.11.2024 „Antrag auf Aussprache und Beschlussfassung“.

Erläuterung:

1. Der Beschlussvorschlag „Der Gemeinderat fordert die politischen Vertreter dazu auf, sich zum Erreichen der jeweiligen politischen Ziele, den Grundsätzen von Wahrheit und gegenseitigem Respekt zu verpflichten und auf die Verbreitung von nicht belegbaren Andeutungen zu verzichten“ enthält eine Vielzahl unbestimmter und nicht objektiv überprüfbarer Aussagen und Forderungen. Es ist nicht auszuschließen, dass diese Formulierung zumindest teilweise als widersprüchlich zu dem Eid, den jeder Gemeinderat am Anfang seiner Amtszeit abzulegen hat, steht. Dieser Eid lautet:

„Ich schwöre Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Bayern. Ich schwöre, den Gesetzen gehorsam zu sein und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen. Ich schwöre, die Rechte der Selbstverwaltung zu wahren und ihren Pflichten nachzukommen.“

Mit diesem Eid ist alles gesagt! Auch ausscheidende Mandatsträger werden von diesen Pflichten nicht entbunden. Die Eidesformel ist rechtlich abgesichert, hat sich über die Jahre hinweg bewährt und wird einheitlich über die Grenzen von Markt Schwaben hinaus verwendet. Ein, wie auch immer formulierter individueller Beschlussvorschlag aus Markt Schwaben, kann weder den Eid ersetzen noch diesen bekräftigen.

2. Ferner obliegt es nicht dem Markt Schwabener Gemeinderat zu bestimmen, was „politische“ Meinungsfreiheit bedeutet. Art. 5 des Grundgesetzes enthält hier eine ausreichende und vollständige Regelung! Auch der abzulegende Eid verweist auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. In Deutschland herrscht Gewaltenteilung, damit ist es im Zweifel Aufgabe der Judikative sich mit der Frage zu beschäftigen, wo Grenzen der Meinungsfreiheit liegen. Die geforderte Klarstellung und Einordnung ist nicht Aufgabe des Gemeinderates.

Mit freundlichen Grüßen

Zukunft MarktSchwaben e.V.

Bündnis90 DIE Grünen

SPD Markt Schwaben